



Nr. 60. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 5. Februar 1874.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

43. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 4. Februar).

11 Uhr. Am Ministerialrat Dr. Leonhardt.

Vom Finanzminister ist eine beglaubigte Abschrift des in Sachen des preußischen Fiscus wider den herzoglich lauenburgischen Fiscus wegen Herausziehung des Letzteren zur Berziehung und Tilgung der nach dem Wiener Friedensvertrage von den Oberhauptthümern an Dänemark zu entrichtenden Schuld am 15. Januar v. J. gefallten Urtheils an das Haus gelangt.

Die erste Berathung des vom Abgeordneten von Bodum-Dölffs beauftragten Gesetzentwurfes, betreffend eine Kreisordnung für die Provinzen Rheinland und Westphalen leitet der Antragsteller ein: Die neu geschaffene Kreisordnung hat sich in den östlichen Provinzen die allgemeine Anerkennung erworben, und namentlich das Institut des Kreisausschusses das Vertrauen der Kreise sehr bald gewonnen. Die Vorzüge derjelben auch auf die westlichen Provinzen zu übertragen, ist der Zweck unseres Antrages, da die bei uns bestehende Kreisordnung in seiner Weise den Bedürfnissen mehr genügt. In einzelnen Punkten sind wir in Rücksicht auf die bei uns bestehenden Verhältnisse von der Kreisordnung für die östlichen Provinzen abgewichen, namentlich in § 4 (Ausübung der Städte aus den Kreisverbänden), § 10 (Grundsätze über die Bertheilung und Aufbringung der Kreisabgaben), § 16 (Erennung des Landrates) und namentlich § 30 (Art der Wahl der Kreistagsabgeordneten). In Hinsicht auf diese Fragen, die einer näheren Erörterung bedürfen, bitten wir, den Entwurf an eine Commission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Schorlemer-Alst: Ich habe den Eindruck gewonnen, als handele es sich nur darum, diesen Antrag mit einem gewissen Ceremoniell zu begraben, eine Commission wird in dieser Session kaum ihre Berathungen beenden können, auch wird die Staatsregierung bei einem so wichtigen organischen Gesetz sich die Initiative nicht nehmen lassen, es ist ihr Recht und Besitz sie auch allein die genügenden materiellen Unterlagen dazu. Im Übrigen ist die ganze Nachbildung dieses Entwurfes nicht sehr glücklich gelungen, namentlich nach der freisinnigen Richtung hin. Nach § 31 ist die passive Wählbarkeit nach dem Kreiswahlsystem gereget, so daß jeder Angehörige des deutschen Reiches zum Kreistag der westlichen Provinzen wählbar ist, also etwa auch der Herr Lasker, Fischer (Augsburg) oder Bebel, wenn er aus seiner Heimat entlassen ist. § 30 basirt hingegen das active Wahlrecht auf das Dreiflafsen-Wahlsystem, welches, wenn ich nicht irre, Fürst Bismarck das verlogesten von allen genannt hat; also eine wunderbare Combination zweier Wahlsysteme. § 4 gibt nur Städten von 40,000 Seelen das Recht des Ausscheldens aus dem Kreisverbande, während nach der Kreisordnung des Ostens dazu schon 25,000 genügen. § 10 zieht bei Kreisabgaben die Grundsteuer mit ihrem ganzen Betrage heran; und doch herrscht im Westen eine so mächtige Erregung gegen die Grundsteuer überhaupt. Mir scheint vor Allem es nothwendig, erst an die Reform der Gemeindeordnung zu gehen, die bei uns im Wesen im höchsten Sinne mangelhaft ist. Ich habe mich sonach gewundert, daß unter den Antragstellern auch die Fortschrittspartei vertreten ist; der Entwurf scheint zwar ein Compromiß zwischen den Parteien zu sein, doch andere Parteien haben weniger Traditionen, wenn auch vielleicht mehr Hoffnungen. Ich beantrage Berathung im Plenum, doch die zweite Lesung auf 6 Monate zu versetzen.

Abg. Miquel: Wenn eine so große Anzahl von Vertretern der westlichen Provinzen einen solchen Einmurr einbringt, so glaube ich, verdient dieselbe eine commissarische Behandlung. Im Übrigen aber wird die Commission die Frage zu prüfen haben, ob die Kreisordnung möglich ist ohne Reform der Gemeindeordnung; mir scheint es sehr bedenklich. Für die östlichen Provinzen hat die neue Kreisordnung ein selbstständiges Wahlsystem und ein selbstständiges Besteuerungssystem eingeführt, dieser Entwurf schließt sich jedoch an die bestehenden Verhältnisse in dieser Hinsicht an, denn wir haben im Westen sehr starke und entwickelte Communalverbände. Wir haben überhaupt in Rheinland und Westphalen das beste Material und die glücklichsten Umstände für ein lebensfähiges Gemeindeleben; auf eine gut organisierte Gemeindeverfassung ließe sich mit Leichtigkeit eine Kreisordnung aufbauen. Die Commission wird sich mit dieser Frage zu beschäftigen haben, namentlich in Rücksicht auf die beiden von mir angeregten Punkte.

Geb. Rath Persius: Ich bin ebenfalls der Meinung, daß eine zweckentsprechende neue Kreisordnung für die Rheinprovinz nur gleichzeitig mit der neuen Gemeindeordnung geschaffen werden kann, und daß eine neue Kreisverfassung für die Rheinprovinz nach den Prinzipien der Kreisordnung der östlichen Provinzen auf die jetzt dort geltende Gemeinde-Verfassung sich nicht wird aufbauen lassen. Ich möchte aber Ihre Aufmerksamkeit noch insbesondere auf die Kompetenz der Kreisausschüsse lenken, denen in den östlichen Provinzen weitgehende Befugnisse im Gebiet der allgemeinen Landesverwaltung eingeräumt sind, darunter die Communalaufsicht an Stelle der Landräthe. Diese Aufsicht soll aber nach den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs nach wie vor von den Landräthen und der Regierung ausgeübt werden, so daß den Kreisausschüssen das wichtigste Feld der obrigkeitlichen Verwaltung entzogen sein würde. Dies wäre durchaus prinzipiell, man würde von vornherein die Selbstverwaltung in der Rheinprovinz auf sehr schwache Füße stellen, während, wenn sie wirksam werden soll, sie sofort in volle Aktivität gesetzt werden müßt.

Der Minister des Innern hat bereits bei der Berathung des Stats des Ministeriums des Innern angekündigt, daß es nach dem Schluß der gegenwärtigen Session seine erste Aufgabe sein werde, eine Kreisordnung für die Rheinprovinz auszuarbeiten zu lassen, die dem nächsten Landtage vorgelegt werden soll. Ich meine nun, daß mit der neuen Gemeindeordnung auch die neue Kreisordnung für die Rheinprovinz ausgearbeitet werden kann und wird. In Beitreit der Provinz Westphalen liegt ein gleich dringendes Bedürfnis für eine durchgreifende Änderung der Gemeindeverfassung nicht vor.

Gleichwohl glaube ich, daß, um die Selbstverwaltung auf die Provinz Westphalen zu übertragen, es nothwendig sein wird, die ganze Reihe der Bestimmungen der westphälischen Landgemeindeordnung abzändern. Ob es in der Weise möglich sein wird, wie der Antragsteller im § 59 des Entwurfs vorschlägt, darüber vermag ich noch kein bestimmtes Urteil zu fällen. Ich glaube, es wird sich als praktischer bewähren, mindestens eine ganz neue Gemeindeordnung für Westphalen zu erlassen. Die Staatsregierung ist augenblicklich noch nicht in der Lage, über alle diese Punkte eine bestimmte Erklärung abzugeben, weil die Gutachten der Provinzialbehörden noch nicht eingefordert sind. Selbstverständlich müssen die Ansichten der Staatsregierung sich stützen auf die Gutachten, welche demnächst eingefordert werden. Demgemäß vermag ich auch betreffs der Zusammenlegung der Kreistage jetzt noch keine Erklärung abzugeben; es werden erst statistische Aufstellungen vorliegen müssen, ehe sich beurtheilen läßt, ob die in der Vorlage gemachten Vorschläge zweckmäßig sind. Nach diesen Andeutungen glaube ich es Ihnen überlassen zu können, ob Sie die Vorlagen einer Commission zur Berathung überweisen wollen.

Abg. Delius: Die von den Vorrednern betonte Frage, erst eine Gemeindeordnung und dann Kreisordnung, will ich nicht weiter berühren; doch ich glaube die großen Gedanken und Vortheile der Kreisordnung der östlichen Provinzen dürfte man ohne große Schwierigkeiten auch uns im Westen zuwenden können.

Wenn der Herr Regierungs-Commissar meint, das Institut des Kreisausschusses lasse sich bei uns nur einführen, wenn zuvor eine Menge anderer Dinge geregelt sei, so ist es durchaus nicht unsere Absicht, den Landräthen ihre jehige Kompetenz zu nehmen und dem Kreis-Ausschuss zu geben. Ich berufe mich hierbei auf § 59 (besondere Geschäfte des Kreisausschusses); es kann daher die Ansicht des Herrn Regierungs-Commissars nur auf einem Mißverständnis beruhen. Ich empfehle Ihnen nochmals die Vermeidung einer Commission.

Geheimer Rath Persius: Der citirte § 59 kann doch füglich nur für Westphalen und nicht für die Rheinprovinz in Anwendung kommen. Die betreffende Bestimmung lautet: „Die Aufsicht über die Communal-Angelegenheiten der Amts-Bezirke, der ländlichen Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke, insbesondere . . .“, nun wird eine ganze Reihe von einzelnen Befugnissen aufgezählt und es werden die sämtlichen Bestimmungen zur

näheren Begründung angezogen. Diese gesetzlichen Bestimmungen beziehen sich aber auf Westfalen und nicht auf die Rheinprovinz. Nach der Fassung des § 59 werden die Bestimmungen unter VIII nur auf die Provinz Westfalen Anwendung finden.

Abg. Berger (Witten): Es sind von Seiten des Centrums und der Nationalliberalen Angriffe gegen unsern Gesetzentwurf gemacht worden.

Ich werde hierbei auch die Erklärungen des Regierungs-Commissars und des Abg. Miquel zusammen erledigen können, denn es hat auf mich den Eindruck gemacht, als ob der Abg. Miquel sich als eine Art freiwilliger Regierungs-

commissar geriert hätte. Uns Rheinländer und Westfalen ist durch Herrn v. Westphalen und die damalige reactionäre Landstagskammer eine so schlechte Gemeindeordnung gegeben, daß wir immer und immer um Besserung derselben gebeten haben. Man hat uns erwidert, dies geht nicht eher, bis wir die Kreisordnung haben; jetzt haben wir für die östlichen Provinzen eine Kreisordnung, die sich allgemeiner Zustimmung erfreut, nun wünschen wir sie auch und da sagt man wieder, erst müssen wir die jetzige Gemeindeordnung verbessern. Wir bewegen uns da in einem circulus vitiosus, aus dem wir, wie es scheint, mit ihrer Hilfe nicht herauskommen werden. Wir haben an Rhein und Westfalen Gemeinden und Amtier, auf denen sich leicht eine Kreisordnung aufstellen läßt, für die nothwendigen Aenderungen unserer Gemeinde- und Städteordnung, so bereite diesen Verbesserungen unser Kreisordnungsentwurf in seiner Weise ein Hinderniß. Ich komme nun zu meinem westfälischen Landsmann, Herrn v. Schorlemer-Alst. Ich glaube die Angriffe des Centrums würden von dem Führer des radicalen Flügels ausgehen, nämlich vom Abg. Windthorst (Meppen) ausgehen, der zu Anfang der Session das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht auch für die Landtagswahlen empfahl. Herr v. Schorlemer-Alst gehört aber zu dem feudalen Flügel und kommt es mir daher bedeutend vor, daß er den Spieß umgedreht und uns, der Linken, einen Mangel an Freiheitlichkeit vorwirft. Wenn Herr v. Schorlemer glaubt, wir betrachten unseren Entwurf als eine Leiche und wünschen nur ein aständiges Begräbnis, so irrt er sich; eine Leiche und ein sehr übelriechender Kadaver ist unsere jetzige Kreisordnung, die allerdings Herrn v. Schorlemer und seinen Genossen viele Vorzüge und Privilegien gegenüber den Städten und Landgemeinden gibt.

Beispielweise wird im Kreise Bremen, der in 7 Jahren um 65,000 Seelen zugewonnen hat und jetzt 180,000 Seelen zählt, der Kreistag gebildet aus 3 Vertretern der Städte, die zusammen 50,000 Einwohner haben, 7 Vertretern der Landgemeinden und 23 Rittergutsbesitzern, (hört, hört, links), Rittergüter, die im Osten kaum als mittlere Bauergüter gelten würden, und zusammen nicht den Werth eines einzigen unserer großen industriellen Staatsbetriebs haben. War die alte Kreisordnung nicht mehr im Osten halbbar, im Westen ist sie zu einer completen Lächerlichkeit geworden. Herr v. Schorlemer hat sodann § 31 bemängelt; wohl nur, um den Abg. Lasker in Verbindung mit Herrn Bebel citiren zu können, denn sonst würde er leicht den Kaufalnsus zwischen § 31 und § 6 und 7 haben finden können; daß danach also überhaupt alle Bestimmungen des Entwurfes sich nur auf Kreisangehörige beziehen, für die Städte haben wir § 4 das Recht des Ausscheidens erst bei 40,000 Einwohnern gestaltet, weil in unseren industriellen Bezirken die Städte in so rascher und rascher Weise anwachsen, daß dort die Einwohnerzahl von 40,000 viel eher erreicht wird als in den östlichen Provinzen. Dann aber mache ich mein Heil daraus, daß ich und die Antragsteller keine Freunde davon sind, die Städte, in welchen eine so große Summe von Intelligenz, Arbeits- und Contributionsfähigkeit vorhanden ist, aus dem Kreisverbande auszuscheiden. Wir wünschen eine Ablösung der städtischen und ländlichen Elemente und haben auch einen politischen Grund; denn wenn wir alle Städte so rasch aus dem Kreisverbande heraustreten lassen, würden Herr v. Schorlemer und seine Standessgenossen, die nach der seitherigen Kreisordnung die Herrschaft geübt haben, sie auch fernerhin leichter über können, als wenn das geschieht, daß wir Vertreter aus den Städten zwischen uns haben. — Ferner hat Herr v. Schorlemer bemängelt, daß nach § 10 die Grundsteuer zum vollen Betrage zu den Kreislasten herangezogen werde.

Meine Herren, die Kreislasten in den Provinzen, wie aus dem amtlichen Nachweis sich ergibt, sind so unbedeutend und mit den Kreislasten in den östlichen Provinzen, wo Sie keine ländlichen Gemeinden haben, so wenig zu vergleichen, daß es nicht lohnt darüber zu reden. Aber die Bemerkung des Herrn v. S. findet auch wirklich in diesem Fall keine Anwendung. Wir sagen: wir vertheilen die Kreislasten nach Maßgabe der Staatssteuern auf die einzelnen Gemeinden und Amtier und Städte des Kreises, in diesen Städten aber wird jetzt bei einer sehr großen Zahl die Grund- und Gebäudesteuer entweder gar nicht oder nur zu einem sehr geringen Theile herangetragen und in sehr vielen Städten mindestens des Regierungsbezirks Arnswald werden die städtischen Abgaben nur erhoben nach Maßgabe der direkten Einommensteuer und Kastensteuer. Wenn Herr v. Schorlemer nun davon gesprochen hat, daß in unseren ländlichen Kreisen eine so mächtige Regung — das sind die Worte, die ich mir nicht habe — besteht, so muß ich sie doch auf seine allerdings sehr bedeutende und großartige, mit Intelligenz und Energie geleiteten Organe zurückführen. Herr v. Schorlemer hat im Münsterlande die Bauernvereine, die politische Vereine sind, eingerichtet, und in diesen unterhält er allein eine Agitation, die sehr im Interesse seiner Partei ist. Dann ist noch § 95 von ihm bemängelt worden; den haben wir genau so aufgenommen, wie er in der Kreisordnung für die östlichen Provinzen bereits enthalten ist; aber ich denke, man darf der Linken doch daraus keinen Vorwurf machen. Wenn wir unsere eigenen Herzenswünsche in den Entwurf übergelegt hätten, dann hätten wir ganz andere Dinge hinzugefügt. Aber wir haben in der langen parlamentarischen Praxis gefunden, daß man sich mit dem begnügen muß, was man erreichen kann; wir haben deshalb unsere speziellen Wünsche möglichst zurückdrängt und so weit es ging, uns an die Kreisordnung für die östlichen Provinzen anzuschlossen und ich denke nicht, daß Sie uns in dieser Beziehung einen Vorwurf machen dürfen.

Hätten wir das nicht gethan, würde der Herr v. Schorlemer und manche andere der rechten Seite uns gefragt haben: „Sie stellen so unerfüllbare Ansprüche, daß wir gar nicht darauf eingehen können.“ Wenn indessen der Abgeordnete v. Schorlemer uns aufrichtig helfen will, in Übereinstimmung mit der Staatsregierung unsern Entwurf in freiheitlichem Sinne zu verbessern und eine Majorität zu verschaffen, er würde an uns in dieser Beziehung immer die aufrichtigsten Verbündeten finden. Ich empfehle die Überweisung des Entwurfs an eine Commission, die wird dann sicherlich diejenigen Änderungen in demselben herbeiführen können, die noch wünschenswerth erscheinen.

Die Discussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. v. Schorlemer-Alst: Der Abg. Berger hat mir die Vertheidigung feudaler Vorrechte vorgeworfen; ich kann ihn versichern, daß ich, so gut wie er, mit allen Kräften mitwirken werde, diese zu beseitigen, wo sie sich noch finden. Hinsichtlich der von mir gegründeten politischen Bauernvereine bemerkt ich, daß in denselben statutenmäßig alle Politik ausgeschlossen ist.

Abg. Miquel: Der Abg. Berger liebt es, Gründe durch persönliche Anspielungen zu erzeigen; er nimmt mich einen freiwilligen Regierungs-Commissar. Ich habe nur meine persönliche Ansicht über den Entwurf ausgesprochen und ihn befürwortet, weil ich ihn für einen Reactionären halte. Wenn der Vertreter der Staatsregierung dieselbe Sprache führt, so kann mir das nur erwünscht sein.

Der Gesetzentwurf wird an eine Commission von 21 Mitgliedern verweisen, da nach Ansicht des Grafen Bethy-Huc die Ziffer von 14 Mitgliedern nicht ausreichen würde.

Es folgte die erste Berathung des vom Abg. Schlüter beantragten Gesetzentwurfs, betreffend die Beseitigung der Geistlichen vorzunehmenden Sühneversuche in Chechien.

Abg. Schlüter motiviert seinen Antrag damit, daß, nachdem durch das Civilgesetz die Geschlechter rein staatlich geworden ist und die Geistlichen nichts Besonderes damit zu thun haben, auch bei Geschlechterungen das Element der Geistlichen ausgeschlossen werden müsse.

Der Justizminister: Die Regierung kann den Antrag nicht unterstützen. Der Sühneversuch, der hier bezeichnet werden soll, ist keineswegs eine Eigenthümlichkeit Preußens, sondern existiert fast in allen Staaten. In dem Antrage kann ich auch keine Consequenz des Civilgesetzes erblicken, da die

Ge durch die Form der Geschlechterung keineswegs ihren Charakter verändert sondern nach wie vor ein Lebensverhältnis von großer sittlicher und religiöser Bedeutung ist; schon die Römer nannten sie eine communicatio divini et humani juris und hatten doch nur eine bürgerliche Geschlechterung. Durch die Annahme des Antrages würde übrigens der Reichsgesetzgebung präjudiziert werden, wovor sich Preußen am meisten hüten sollte. Wenn von einer Beziehung der Geistlichen die Rede ist, so ist das jedenfalls eine falsche Ausdrucksweise, da die Geistlichen bei den Sühneversuchen immer selbstständig handeln. Wenn man aber nun fragt, was soll an die Stelle der Sühneversuche treten, so schweigt der Gesetzentwurf, trotzdem doch notwendigerweise eine positive Bestimmung folgen sollte.

Abg. v. Gerlach: Ich will zunächst meine Befriedigung darüber aussprechen, daß der Herr Justizminister sich soeben für die Heiligkeit der Che ausgesprochen, indem er einen Ausdruck der römischen Juristen anführte, der viele heilige Christen bestimmt. (Heiterkeit.) Daß der vorliegende Antrag eine Consequenz des Civilgesetzes ist, möchte ich allerdings behaupten; aber die Civile ist noch nicht Gesetz und ich hoffe, sie wird niemals Gesetz werden. (Große Heiterkeit.) Auch der vorliegende Antrag enthält den Geist, die christliche Kirche aus der Che, Familie, Schule und aus dem Staat herauszuweisen. Aber um das fertig zu bringen, bleibt noch viel übrig; man müßt dann nicht nur die kirchliche Che, sondern auch die Monogamie aufheben. (Heiterkeit.) Im Übrigen kann ich aus meiner heimischen Praxis ausführen, daß die Sühneversuche zum großen Theil einen guten Erfolg haben, hauptsächlich bei den Chesaachen, wo die Scheidung aus den leichtesten Gründen beantragt wird.

Abg. Dr. Braun: Die Civile hat mit diesem Gesetzentwurf gar nichts zu thun; die schauerlichen Bilder des Abgeordneten v. Gerlach vom Hinzuwerken der Kirche aus Familie und Staat sind also gegenstandslos. Der lateinische Spruch, wie ich glaube von Ulpian herrührend, ist doch nicht frisch; denn Ulpian und Conserni waren Heiden und hatten von unserem heutigen kirchlichen Bewußtsein keine Idee; von Sühneversuchen beim Pontifex Maximus oder sonst einer priesterlichen Person findet man in den Pandecten überhaupt keine Spur. Was die glücklichen Erfahrungen des Vorredners betrifft, so kann ich aus meiner allerdings nur fünfundzwanzigjährigen Praxis das Gegenteil feststellen; es gelingt allerdings häufig den Geistlichen, den Bruch oberflächlich zuzuleisten, aber es hält nicht lange. (Heiterkeit.) Der Geistliche soll nicht ein Diener der Justiz sein, sondern wenn er einen Sühneversuch bei einem Chepaere vornehmen will, so mag er es Kraft seines Amtes aus freiem Willen thun; dann wird seine Würde vielmehr gewahrt sein. Wenn der Justizminister fragt, was an die Stelle treten soll, so antworte ich „Gar nichts“. Um übrigens diese Fassungsbedenken zu beseitigen, schlage ich vor, den Gesetzentwurf an die Justizcommission zu verweisen.

Der Justizminister: Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, daß es nicht ratschlich ist, der Reichsgesetzgebung vorzugreifen; ich wenigstens lege ein außerordentliches Gewicht darauf, daß in Sonderheit in Preußen nicht mit der Landesgesetzgebung vorgegangen wird, wenn die Reichsgesetzgebung nahe bevorsteht.

Hiermit wird die Diskussion geschlossen. Während der Präsident von Benninghausen zur Abstimmung schreitet, wird ihm vom Abg. v. Bismarck-Blatow ein Antrag auf Tagesordnung übergeben; der Antragsteller stützt sich auf die Worte der Geschäftsordnung, daß der Antrag „zu jeder Zeit“ zulässig sei. Abg. Lasker: „zu jeder Zeit“ heißt „zu jeder geeigneten Zeit“. (Heiterkeit.) Dies wurde vom früheren Präsidenten dem Herrn Minister des Innern erwidert, als er mitteilt, er wolle den Abstimmung das Wort nehmen wollte. Abg. Windthorst (Meppen): Als der Herr Ministerpräsident neulich die Abstimmung unterbrach, war es jedenfalls eine geeignete Zeit. (Heiterkeit.) — Nachdem noch der Präsident von Benninghausen erklärt, daß er den Antrag auf Tagesordnung ebenfalls nicht für zulässig hält, wird der selbe vom Abg. v. Bismarck-Blatow zurückgezogen. — Die Vorlage wird an die Justizcommission verwiesen.

Hieraus wird ein Antrag des Abg. Stach, betreffend die Aufhebung des gegen den Abg. Patheger bei dem Landgericht zu Trier anhängigen Strafverfahrens vom Hause angenommen.

Das Haus beschäftigt sich nunmehr mit Petitionen.

Eine Petition von Volkschullehrern aus Görlitz und Umgegend um Veranlassung einer baldigen Revision der Elementarlehrer-Pensionsanstalt im Regierungsbezirk Liegnitz wird auf die Befürwortung

junge Saat des Protestantismus unterdrückt haben! In ihre Füßen ist auch der Fürstbischof von Breslau getreten, indem er durch allerlei schlechend Künste die Schulen in die Hände der Jesuiten zu bringen suchte. Sie haben Verbrechen über Deutschland gebracht durch Knechtung des Geistes; Ihnen haben wir den Verlust von Elsass-Lothringen zu verdanken! M. h., wenn Sie sich nicht in eine Reihe mit den Feinden Deutschlands stellen wollen, so nehmen Sie den Antrag der Commission an! (Heiterkeit im Centrum.)

Abg. v. Mallinckrodt: Wer hat nun am meisten declamirt? Der Vorredner hat sogar lateinisch declamirt; da räume ich ihm bereitwillig den Vorrang ein. Eine Blöße hat er sich damit gegeben, daß er den Beweis für die Gegenwart in der Vergangenheit suchte. Aber lassen wir doch die Vorwürfe aus hinterliegenden Jahrhunderten ruhen, die wir uns gegenseitig in reichem Maße machen können. Sehen wir doch auf die Gegenwart! Wenn man declamirt, so thut man dies nicht mit Zahlen. Derartiges haben wir aber nicht vom Vorredner gehört. Er hat nichts weiter zu thun gehabt, als in der trüffelsten Unkenntniß der Geschichte declamiren, durch seine Behauptung in Bezug auf Elsass-Lothringen; ich brauche ihn deshalb gar nicht auf ein großes Geschichtswerk zu verweisen; jede Fabel würde genügen, ihn zu belehren. (Heiterkeit.) Was nun die schlechenden Künste betrifft, so möchte ich doch wissen, worin denn etwas Böses liegt, wenn ja viel hundert Christen eines Bekennnisses danach streben, eine Gemeinde zu bilden, und wenn eine genügende Zahl Kinder vorhanden sind, eine Schule ihrer Confession zu gründen. Der Unterschied ist nur der: für eine kleine entstehende evangelische Gemeinde stehen die Staatsfonds gern zu Diensten, für eine katholische nicht. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Bethyly-Huc: Ich will die Debatte auf das richtige Gebiet wieder zurückführen. Auch ich halte die vorliegende Petition für gerechtfertigt, denn ich meine, daß nur eine allseitige tüchtige Durchbildung des Kindes auch befriedend und segenbringend auf die religiöse Erziehung wirken kann; ein gebildetes Kind wird ein für die Religion weit empfänglicheres Gemüth haben, als ein ungebildetes. Darum zieht ich die mehrklassigen Schulen den einschlässigen vor. Die religiöse Erziehung erblieb ich aber nicht darin, daß das gelehrte wird, was die Confessionen trennen, sondern daß dem Kinde das allen Confessionen gemeinsame stiftliche Maß eingepist wird. Ich will den Streit über die Toleranz nicht aufnehmen, nur meine ich, daß das Beispiel des Vorredners nichts anderes beweist, als daß die Stadt Aachen nur ihre Pflicht erkannt habe. Ich meine sogar, daß jene Herren im Stadtrath, die den Vorredner selbst ultramontan genannt hat, nur in ihrem eigenen Interesse derartige Mittel für die andern Confessionen aufzuwenden, weil sie durchaus Trennung der Schulen nach Confessionen wollten, während wir unserer staatlichen und religiösen Zwecke besser in confessionslosen Schulen zu erreichen glauben. (Beifall.)

Abg. Dr. Wehrenpfennig: Auch ich meine, daß jener Geldaufwand der Stadt Aachen für die andern Confessionen nur den Zweck hat, Simultanschulen zu vermeiden. Wie weit diese Tendenz geht, beweist ein Vorgang in einer Stadt Westphalens, wo es durch Umtriebe der ultramontanen Partei dahin kam, daß kein katholischer Familienträger in das Curatorium für Simultanschulen treten wollte, so daß das Unternehmen scheiterte. Das ist die Toleranz des Herrn v. Mallinckrodt und seiner Partei. Wir aber glauben dem Geist wahrer Duldung am besten zu dienen und seine Saat am sichersten auszuspielen, wenn wir die Kinder aller Confessionen daran gewöhnen, auf derselben Schulbank neben einander zu sitzen. (Beifall.)

Abg. v. Mallinckrodt: Die beiden Vorredner haben ein völlig falsches Licht über die Sache verbreitet, infolfern sie dem Stadtrath von Aachen ohne jeden Beweis völlig falsche Motive für seine Handlungsweise unterstellen. Diese entspringt vielmehr aus der richtigen Auffassung von Recht und Freiheit (Widerpruch lins), die man nicht darin findet, daß man Andern keine Meinung aufzwingt, sondern der abweichenden Ansicht die freie Bewegung läßt, welche sie zu ihrer Entwicklung bedarf. Gilt etwa das Bestreben der Vorredner dem Interesse der Confessionen? Nein, diese wollen vielmehr in ihren confessionslosen Schulen alle Confession austilzen und schließlich etwas völlig Ungerechtes herstellen. Erst in den letzten Tagen haben die Auseinandersetzungen des Abg. Jung den besten Beweis hierfür gegeben. Wir vertheidigen wahre Religion, weil wir der Überzeugung sind, auf unserer Seite die Wahrheit zu haben; in anderen Fällen müßten wir uns für gewaltig elend halten.

Abg. Hanel hält den Vorwurf der Intoleranz für die Stadt Guben für ungerechtfertigt, nachdem dieselbe für eine katholische Schule geforgt und einen Lehrer zu diesem Zweck besoldet habe. Alle diese Vorwürfe jener Partei entspringen übrigens der völlig ungerechtfertigten Ansicht, daß es keine Wissenschaft geben könne außer auf Grund einer confessionellen Führung. Dem Antrage der Commission gemäß wird die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Geschäftsordnungs-Commission hat beantragt: „Das Mandat des Abg. Dröse durch dessen zwar unter dem 29. October ausgefertigte, ihm aber erst am 7. November cr. behändigte Ernennung zum Director des Kreisgerichts zu Löben und die damit verbundene Ranghöhung für erlöschend zu erklären.“

Auf den Antrag Bernhardts über entscheidet sich das Haus für die fortwährende Gültigkeit des Mandats. — Hinsichtlich der Wahl im 9. Wahlbezirk des Regier.-Bez. Kassel wird der Antrag der Abtheilung, die Wahl des Kaufmanns Hasselcamp vorläufig zu beanstanden und durch Vermittelung des Ministers des Inneren weitere amtliche Ermittlungen anstellen zu lassen, angenommen.

Die sechste Abtheilung beantragt die Wahlen der Abg. v. Potowrowski, Respondek und Wojciechowski für ungültig zu erklären.

Abg. Magdzyński dagegen beantragt sie für gültig zu erklären, während Windthorst (Bielefeld) sie beanstanden und weitere amtliche Erhebungen statzustand lassen will.

Referent Abg. Wulfschein führt in längerer Rede die bei den Wahlen vorgekommenen Unregelmäßigkeiten vor und erwähnt einen zu spät eingegangenen Protest, in welchem zur Kenntnis des Hauses gebracht wird, daß, wie durch Zeugen bewiesen werden kann, die Wahlmänner, welche für die in Rede stehenden Abgeordneten gestimmt haben, nach Beendigung der Wahlen in Reihe und Glied aufmarschierten und pro Mann 15 Silbergroschen erhielten.

Die Wahlen werden dem Antrage des Abg. Windthorst (Bielefeld) gemäß beanstandet.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis Donnerstag 10 Uhr. (Kirchenfeste und Synodalordnung.)

Berlin, 4. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten königlich italienischen Beamten Orden verliehen, und zwar: das Großkreuz des Roten Adler-Ordens in Brillanten: dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Grafen de Launay zu Berlin; den Roten Adler-Ordens erster Klasse: dem Ober-Stallmeister Grafen Fréjignons di Castellengo; den Königlichen Kronen-Orden erster Klasse: dem Leiter des Ministeriums des königlichen Hauses, Visone, und dem Privat-Cabinetschef Ahemo; den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse: dem ersten Gesandtschafts-Secretair Chevalier Tozi zu Berlin; den Roten Adler-Ordens dritter Klasse: dem zweiten Gesandtschafts-Secretair Tugini zu Berlin, und den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: dem dritten Gesandtschafts-Secretair Marquis d'Albertas zu Berlin.

Se. Majestät der König hat die Handlungs-Chefs und Gutsbesitzer Christian Heinrich Albertus und Heinrich Jacob Bernhard Gebrüder Ohlendorff zu Hamburg geahndet; den Geheimen Finanz-Math. Gros im Finanz-Ministerium zum Geheimen Ober-Finanz-Rath ernannt; den Kreisgerichts-Director Pieper zu Beuthen O.-S. in gleicher Amtseigenschaft an das Kreisgericht in Ohlau und den Kreisgerichts-Director Werner zu Wohlstein in gleicher Amtseigenschaft an das Kreisgericht zu Beuthen O.-S. verlegt; die Kreisrichter und Abtheilungs-Diregenten Sack in Höxter, Meckw. in Sömmern und Wingenbach in Plestchen zu Kreisgerichts-Räthen ernannt; den Staatsanwalts-Gehulfen Simon von Bostrom und Barischdorff in Berlin, Woytasch in Halle a. S. und Müller in Wiesbaden den Charakter als Staatsanwalt; sowie dem Kreisgerichts-Räthen-Mitarbeiter Matterne in Ohlau bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Rechnungs-Math. verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar Hede in Leobschütz ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Ratibor, unter Beläffung des Notariats im Departement derselben, mit Amtszeichen seines Wohnsitzes in Ratibor, ernannt worden. Der Rechtsanwalt und Notar Korpulus zu Wohlau ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Ratibor mit Anweisung seines Wohnsitzes derselbst verfestigt worden.

Berlin, 4. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen gestern nach der Rückkehr von einer Spazierfahrt den Vortrag des Chefs des Militär-Cabinets, General-Majors von Albedyll, entgegen und empfingen den Gesandten am Königlich niederländischen Hofe, Grafen Perponcher.

Heute Vormittag hatten die General-Lieutenants und Generale à la suite Prinzen Kraft und Friedrich Wilhelm zu Hohenlohe-Ingelstingen die Ehre des Empfangs.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern Abend in der Abendgesellschaft Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Carl, wo zu Ehren des Geburtstages Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Carl lebende Bilber aufgeführt wurden, anwesend. (Reichsanzeiger.)

[Die neuesten telegraphischen Mitteilungen aus Rom] lassen erkennen, daß die italienische Regierung in Sachen der Lamarmorischen Veröffentlichung eine durchaus correcte Stellung einnimmt. Die Regierung mißbilligt entschieden die Veröffentlichungen selbst, erklärt, daß die Anschuldigungen, denen sie den Vorwand gelehnt, in Nichts zerfallen, bestreitet, daß es sich um Publikation bloß privater Schriftstücke handle und stellt endlich legislative Maßregeln in Aussicht, um in Zukunft einen solchen Missbrauch öffentlicher Schriftstücke zu verhüten. Nach diesen Erklärungen kann man wohl unbedingt zugeben, daß die Satisfaction, welche die deutsche Regierung von der italienischen erwarten darf, in vollstem Maße gegeben worden ist. Es ist darauf um so mehr Gewicht zu legen, als ein Theil der italienischen Presse mit einer gewissen Verstimming sich gegen die Aufsässigung erhoben hatte, welche die Angelegenheit in der deutschen Presse gefunden.

[Das Staatsministerium] ist heute 1 Uhr unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten von Bismarck im auswärtigen Amt zusammengetreten.

[Reichstagswahl in Elsass-Lothringen.] Im 11. Wahld. des Bezirks Unter-Elsaz (Zabern) gewählt: Guisbes. Eduard Teutsch in Wingen (französische Partei) mit 8850 St.; Fabrikant Eugen Reuß in Zabern (elsässische Partei) erhielt 6378 St.

[Marine.] S. M. Brigg „Rover“ hat am 29. December 1873 Kingstown auf St. Vincent verlassen und ankerte am 31. desselben Monats im Hafen von Port Spain auf Trinidad. S. M. Schiff „Arcona“ ist am 30. December 1873 von Rio de Janeiro aus in See gegangen.

Posen, 4. Februar. [Die Verhaftung des Erzbischofs] erfolgte mit der größten Ruhe. Militärische Vorsichtsmaßregeln waren nur in so fern getroffen, als eine Compagnie des 37. Regiments in der Kaserne (Rothen Thurm) consigniert war. Zwei Offiziere wurden auf dem Domplatz bemerkt, sie waren jedoch bloße Zuschauer. Nur die ganze Polizeimannschaft war auf den Beinen und auf verschiedenen Punkten verteilt. Während der Verhaftung war der Erzbischof sehr ruhig. Er bat den Polizei-Director um einige Zeit, und dieser gewährte ihm eine ¼ Stunde. Dieser Zeitraum wurde fast auf die Minute inne gehalten. Während derselben kleidete er sich in seine gewöhnliche Kleidung. Nur an dem geistlichen Kragen erkannte man den geistlichen Stand des Inhaftirten, der unter seiner Wintermütze ein rothes Käppchen trug. Der Erzbischof, Polizei-Director und Polizei-Inspector stiegen in eine Drosche, auf dem Bocke neben dem Kutscher saß ein Schuhmann in Civilkleidern. Während der Fahrt auf den Bahnhof sprach der Erzbischof gar nicht. Auf dem Bahnhof wo er den Blicken etwaiger Neugierigen dadurch entzogen wurde, daß ihn Herr Director Staudy im Damenzimmer placierte, antwortete er dem Letzteren auf die Frage, ob er etwas genießen wolle, er bitte um eine Tasse schwarzen Kaffee, welche ihm auch sogleich gebracht wurde. Während der Reise saßen der Erzbischof und Polizei-Director Staudy in einem besondern Coupée erster Classe. Als Gespäck hatte der Gefangene einen großen Reisekoffer mit, welcher sich während der Reise im Coupée befand, in welchem die zwei Schulseute, die von hier aus mitgenommen waren, saßen. Noch muß bemerkt werden, daß der Gefangen-Inspector Brink mit dem Polizei-Director Staudy in das Zimmer des Erzbischofs eintrat und dem Letzteren erklärte, daß er ihn im Namen des Gesetzes verhaftete und dem Polizei-Director zur Weiterbeförderung übergebe. (Ostd. 3.)

Ostrowo, 3. Februar. [Der Erzbischof Graf Ledochowski] ist heute in Begleitung des Polizeidirector Staudy behufs Ablösung der gegen ihn erkannnten zweijährigen Gefangenstrafe hier eingetroffen.

Sierlohn, 1. Februar. [Die letzte Scene eines clericalen Intoleranz-Dramas.] Die Leser erinnern sich wohl noch einer Beleidigungsgeschichte, deren Schauplatz vor etwas länger als einem Jahre unsere Nachbarstadt Menden war. Der dort verforbene anti-clerical gestimmte Arzt Dr. Fuchsius wurde nämlich auf Veranstaltung der katholischen Geistlichkeit auf dem für Verbrecher ic. bestimmten Theil des Kirchhofes beerdigt. Ein hiesiger College des Verstorbenen, der demselben einen Nachruf am Grabe widmen wollte, wollte durch das Geschrei des fanatischen Pöbels daran gehindert. Einige dieser Schreier wurden demnächst auf Betreiben der Behörde mit Gefangenstrafe bestraft. Kürzlich hat sich nun die lezte Scene der Geschichte abgespielt. Auf energische Beschwerde der Verwandten des Verstorbenen, die schließlich das Einschreiten des Fürsten Bismarck in Anspruch nahmen, mußte die Leiche ausgegraben und in der Reihe der ordentlichen Gräber wieder beigesetzt werden. Für die Kosten im Betrage von etwa 40 Thalern wurde der dortige Pfarrer Herr Noeber in Anspruch genommen. Der Herr Pfarrer hat es aber zu dem jetzt so beliebten Martyrium der Pfändung kommen lassen und so fand denn dieser Tage unter Zulauf vieler Neugierigen auf öffentlichem Markte zu Menden der Verkauf der Pfandstücke statt.

Erfurt, 1. Februar. [Entfestigung.] Am 16. Januar hat dahier die Entfestigung durch Heraufschaukelung der Erde von den Bäumen des Hornwerks in die Gräben behufs deren Ablösung begonnen. Insgesamt sind auf diesem Werke und der Cyriax-Burg 160,000 Kubik-Meter Erde und 15,000 Kubik-Meter Mauerwerk zu entfernen, wofür die Behörde etwas über 50,000 Thaler Arbeitslohn zahlt. Bis zum 15. April muß die Arbeit vollendet sein.

Kassel, 30. Jan. [Die rententen Pfarrer.] Aus Hessen geht der „Oberh. Ztg.“ vom 26. Januar ein Bericht des dortigen Bürgermeisters zu, wonin Folgendes mitgetheilt wird: „Am gestrigen Morgen gegen 8 Uhr erschien Herr Pfarrer Lippe von Rautenkholzhausen, um anstatt des vom Gesamt-Conistorium suspendirten Pfarrers Schedler am hiesigen Orte Gottesdienst zu halten. Es hatte sich zwar eine ziemliche Anzahl Gemeindeglieder versammelt, welche bereit waren, dem Gottesdienste beizuwohnen; allein als man ihnen meldete, daß ein fremder Pfarrer fungiren werde, schien es der versammelten Menge angemessen, sich vom Besuch des Gotteshauses fern zu halten, und so war denn, da auch nicht ein einziges Gemeindeglied erschien, der Gottesdienst unmöglich gemacht. In Dreihäusern wurde die Abhaltung des Gottesdienstes dadurch möglich, daß einige fremde Personen erschienen waren, welche während des Läutens die inneren Räume der Kirche betrat. Nicht ein einziges der Kirchengemeinde angehöriges Glied, weder in Dreihäuser noch in Rößberg, hat dem Gottesdienste beigewohnt.“ (G. M. 3.)

Fulda, 2. Februar. [Auswanderung.] In Folge der kritischen Zustände der Union ist im Strome der Auswanderung nach Amerika eine gänzliche Stagnation in hiesiger Gegend eingetreten, die Europäerinnen dagegen ihr Augenmerk mehr auf Neuseeland zu richten. (G. M. 3.)

+ Dresden, 3. Februar. [Das sächsische Kadettenhaus und der sächsische Kriegsminister. — Die ultramontane Ausbildung der sächsisch-kathol. Geistlichkeit in Prag. —

Aus Dresdner Lehrerkreisen. — Vom Landtag.] Das Geänderte unseres Kriegsministers General von Fabrice gelegentlich der Verhandlungen in unserer zweiten Kammer über die Geldbewilligungen zu den Militärbauten außerhalb Dresdens, daß die Erhaltung des speziell-sächsischen Geistes des Officercorps des „sächsischen Heeres“ hauptsächlich von dem Fortbestande des besonderen sächsischen Kadettensaales neben dem geozessigen Lichtenfelder Kadettenhaus abhänge, wird den Freunden eines eintheillichen Heerwesens nicht verloren gehen. Auch das nicht, daß eine bedeutende Zahl Nichtsachsen in demselben ihre militärische Erziehung erhalten, denn man wird sich der Hanoverianer in unseren Armeecorps und ihrer Beweggründe, nicht gerade direct preußischem Einfluß unterstehen zu wollen, erinnern. General von Fabrice steht übrigens bei uns als ein Preußenfreund angeschrieben und man mag daher daraus ermessen, wie es mit der Gesinnung seiner allerdings mehr und mehr zusammenschmelzenden Gegner beschaffen sein mößt. Jedenfalls ist die ganze Angelegenheit dazu angehauen, wieder einmal die separatistische, sonst durchaus überflüssige Stellung eines sächsischen Kriegsministers zu kennzeichnen. — Bei Berathung des Haushaltes unseres Cultusministeriums, wurde wieder von einzelnen Rednern der zweiten Kammer der wider Willen derselben erfolgten Veröffentlichung des Volksschulgesetzes gedacht. Ob die Gemüthlichkeit mit welcher die Regierung die Ausbildung aller unserer katholischen Geistlichen in Prag also außerhalb des Landes, am dortigen „Wendischen Seminar“ betrachtet, von der Kammer getheilt werden wird, bleibt abzuwarten. Die Cisterzienserinnenklöster Marienstern und Marienthal in der Lausitz hängen ebenfalls mit Böhmen zusammen und so ist es denn natürlich kein Wunder, daß unsere gesammte katholische Geistlichkeit ein ultramontaner Geist durchweht, den man in gewissen Regierungs- und Volkskreisen nur aus Rücksicht auf die königl. Familie nicht bemerken will. — Unsere Lehrerwelt macht viel von sich reden; kaum hat der sich liberal nennende „Schulverband für Lehrer“ in Dresden in der heftigsten Weise, wie wohl fruchtlos, für die Wahl des feudalgesinnten Rittergutsbesitzer Seiler gegen den nationalliberalen Landtagsabgeordneten Abg. Krause im 23. Wahlgemeinde (Plauen) agitiert, so kommen die Dresdener Bürgerhüsbirectoren und erklären öffentlich, daß sie mit dieser Agitation in gar keinem Zusammenhang stehen. Es wird diese Erklärung einen angenehmen Eindruck machen, der nur dadurch verstärkt werden könnte, wenn die Herren sich entschlossen, im Jahre 1874 in neuen Auflagen ihre Irthimer in den vielen von ihnen herausgegebenen Schulbüchern zu berichtigten. — Während der Vertagung des Landtages sollen Kammerdeputationen die Gesetzesvorlagen für die Zeit der Wiederaufnahme der Kammerverhandlungen vorbereiten, um so eine beschleunigte Erledigung derselben zu erzielen.

Darmstadt, 4. Februar. [Die erste Kammer] ist heute bei der Berathung des Volksschulgesetzes den Beschlüssen der zweiten Kammer, betreffend die Ausschließung der Ordensgeistlichen vom Unterricht in den Volksschulen, mit 15 gegen 12 Stimmen beigetreten. Bei der Berathung des Gemeindegesetzes wurde der Antrag wegen der directen Wahl der Bürgermeister angenommen.

München, 1. Februar. [Der König] hat sich begnügt, dem Kaiser von Österreich auf telegraphischem Wege ein Willkommen in seiner Residenzstadt zuzusenden.

Deutschland.

Wien, 3. Februar. [Eine Depesche Visconti-Bonosta's.] Der italienische Minister des Auswärtigen hat das Consistorium, welches Pius IX. am 22. December vorigen Jahres abhielt, um zwölf neue Cardinale zu ernennen, zu einer diplomatischen Kundgebung berufen. Er erließ am 1. Januar ein Rundschreiben an die italienischen Vertreter im Auslande, worin er die Besorgnisse, als könnte eine Papstwahl in Rom heute nicht frei und ungehindert stattfinden, in ebenso ruhiger als schlagender Weise widerlegt. Das interessante Actenstück, welches die später bekannte Bulle: „Apostolicae sedis munus“ vollständig ad absurdum zu führen geeignet ist, wird der „N. Fr. Pr.“ von einem Correspondenten in Paris mitgetheilt, und wir lassen hier den vollen Wortlaut derselben folgen:

Rom, 1. Januar 1874.

Eine für die Regierung der Kirche wichtige Thathache hat sich kürzlich im Vatican zugestanden. Der Papst, der sich bisher weigerte, Cardinale zu ernennen, ist plötzlich anderen Eingebungen gefolgt. In einem 22. December im Vatican abgehaltenen Consistorium hat Sr. Heiligkeit zwölf Cardinale, sechs ausländische und sechs italienische, ernannt. Unter den Letzteren befinden sich ein Mitglied der Gesellschaft Jesu und ein Augustinermönch. Ich werde hier nicht auf die verchiedenen Gerüchte eingehen, welche über die Beweggründe umlaufen, die Sr. Heiligkeit veranlaßt haben, plötzlich diesen Eintritt zu lassen. Es ist möglich, daß Besorgnisse von Seite einiger Regierungen demselben nicht fremd gewejen sind. Es gilt mir nicht unbekannt, daß mehreren Mächten, nach ehrwürdigem und überlieferten Verkommen, ein gemischter Einfluß auf einige dieser Ernennungen zu der höchsten kirchlichen Würde zufommt. Was ich feststellen habe, ist der Umstand, daß die Regierung des Königs es sorgfältig vermieden hat, einen Einfluß für oder gegen die Ernennung von Cardinalen auszuüben, daß sie daher keinen Anlaß hatte, sich für oder gegen einen Kandidaten auszusprechen. Der Papst hatte von uns aus volle Freiheit, zu handeln und zu wählen. In diesem Punkte, wie bei der Erneuerung von Bischöfen, der Veröffentlichung von Bullen, Breviis und Encycliken wird die Freiheit der Kirche unter den Bedingungen einer unumstrittenen Souveränität ausgeübt.

Das Consistorium vom 22. December war ein geheimer, und die Ernenngung der neuen Kirchenfürsten vollzog sich ohne das sonst gebräuchliche Ceremoniel. Wir bedauern diese Abweichung von dem üblichen Gertommen. Wir sind überzeugt, daß sich die Römer mit Vergnügen den Festlichkeiten geschlossen hätten, welche sonst die Befleidung der vom Papste zu dieser hohen Würde überlebenswerten Persönlichkeiten mit dem Purpur begleiteten. Nichts in den Verhältnissen der Stadt

Rom eine kirchliche Würde bekleidet, genießt den persönlichen Schutz, der nach den Gesetzen des Königreichs den italienischen Bürgern zukommt."

Diese Bestimmungen sind deutlich; sie werden genau und gewissenhaft befolgt. Sie scheinen mir genügend, jeder Besorgnis vor den Folgen eines Ereignisses vorzubeußen, welches für den Augenblick noch fernzulegen scheint, aber zu sehr in der natürlichen Ordnung der menschlichen Dinge begründet ist, als daß die Regierungen nicht genöthigt sein sollten, sich eines Tages mit ihm zu beschäftigen. Nach den eben erwähnten Artikeln würde das Conclave in Rom eine ausnahmsweise gesetzlich geschützte Lage finden. Da seine Souveränität in Rom durch ein Gehege verbürgt, es somit über die Strömungen der Parteien gestellt und jedem Einflusse von Seite der Regierung oder der Bevölkerung entzogen ist, so wird es sich unter jenen Bedingungen der Sicherheit und Unabhängigkeit versammeln, die seiner erhabenen Aufgabe entsprechen.

Welche Männer auch zu jener Zeit die Ehre haben werden, die italienische Verwaltung zu leiten, es wird keines Appells an ihre politischen Ideen bedürfen. Ihre Pflicht ist ihnen vorgezeichnet, ihre Verantwortlichkeit steht auf dem Spiele, nicht nur vor Europa und der katholischen Welt, sondern auch den großen Gewalten des Staates gegenüber. Schon jetzt sind einige Vor-schriften des Geheges in voller Rechtsschafft. Die Fremden, welche in Rom mit kirchlichen Würden bekleidet werden, hatten sich niemals über Störungen in der Ausübung ihres Amtes zu beklagen. Mehrere Cardinale, z. B. Cardinal Cullen, Cardinal Bonnechose und erst jüngst der Cardinal-Erzbischof von Valence, haben Rom wiederholt besucht. Die Regierung hat sich weder mit dem Zweck ihrer Reisen beschäftigt, noch mit den Absichten, welche man diesen hervorragenden Persönlichkeiten zuschrieb. Seit drei Jahren hat Rom die Ehre, sich eines doppelten diplomatischen Corps zu sein. Alle Mittel der Kontrolle und der Offenlichkeit, welche freiwillige Einrichtungen gewähren, sind jeder Partei zugänglich; dennoch hat die Königliche Regierung nie eine Beschwerde erhalten, die sich auf die Ausübung des Cultus oder kirchlicher Functionen bezogen hätte. Der einzige Act der Souveränität in Religions-sachen, dessen sich der Papst bisher enthalten hatte, war die Ernennung von Cardinalen. Die Mitgliederzahl des heiligen Collegiums ist vermehrt worden, wird es vielleicht bald wieder, ohne daß die Anwesenheit der königlichen Regierung die geistliche Machtäusserung irgendwie stören könnte. Thatsachen sprechen viel lauter als alle Redensarten. Alle Einsichtigen wissen von jetzt an, daß der großen religiösen Einrichtung des Papstthums keine der ihr nothwendigen Freiheiten fehlt.

Die Ordnung, die Ruhe, die Freiheit von jedem Drucke, komme dieser von Oben oder von Unten, werden daher dem Conclave nicht mangeln. Diese Freiheit, welche den heiligen Vater bei seiner jüngst getroffenen Wahl hatte, wird ganz und vollständig der Versammlung zu Theil werden, welche den Nachfolger des heiligen Petrus zu erwählen berufen sein wird. Hoffentlich trennen uns noch mehrere Jahre von dem Ereignisse, dessen ich hier gesprochen habe. Inzwischen ist es nicht überflüssig, bei Ernennung der zwölf Cardinale zu zeigen, daß die wesentliche Amtshandlung des heiligen Collegiums in Rom unter canonischen Formen und derselben Sicherheit, derselben Würde, derselben Ruhe wie in früheren Conclaves ausgeübt werden kann.

Empfangen Sie u. s. w.
Visconti-Benosta.

Wien, 4. Februar. [Orden.] Der Kaiser verlieh anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Prinzen Karl von Preußen den bei Seiner königl. Hoheit commandirten Offizieren österreichische Orden und zwar dem Oberstleutnant Graf Sestpp d'Alz und dem Major v. Brittwitz das Komthurkreuz des Franz-Josefs-Ordens und dem Hauptmann Unruh das Ritterkreuz der Eisernen Krone. Den Mitgliedern der in Wien erschienenen Deputation des königl. preuß. Garde-Grenadier-Regiments „Kaiser Franz“ verlieh der Kaiser: Dem Obersten v. Wangen das Komthurkreuz des Franz-Josefs-Ordens mit Stern, dem Major Siebart das Kommandeurkreuz der Eisernen Krone, dem Hauptmann v. Dörfel das Komthurkreuz des Franz-Josefs-Ordens und dem Premier-Lieutenant v. Nordenstahl das Ritterkreuz der Eisernen Krone.

Wien, 4. Februar. [Dementi.] Die von italienischen Blättern gemeldete Nachricht, daß der frühere österreichische Botschafter beim päpstlichen Stuhl, Graf v. Trautmannsdorf, damit beschäftigt sei, eine actenmäßige Geschichte des vaticanischen Concils zu schreiben, wird von kompetenter Seite als unrichtig bezeichnet.

Wien, 4. Febr. [Der Budgetausschuß des Abgeordneten-haus] hat (wie uns bereits durch eine Privatbelehrung gemeldet worden) mit allen gegen 3 Stimmen die Resolution angenommen, daß die theologische Fakultät in Innsbruck Ende Juli d. J. aufgehoben werde. Der Unterrichtsminister v. Stremayr hatte sich gegen die Resolution ausgesprochen und namentlich hervorgehoben, daß seiner Zeit und im Anschluß an die bezüglichen damals vom Abgeordnetenhaus gestellten Anträge die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen auch rücksichtlich der theologischen Fakultät zu Innsbruck zur Anwendung gebracht werden seien.

Italien.

Rom, 31. Januar. [Zur neuen päpstlichen Bulle. — Lamarmora.] Man schreibt der „N. Z.“: Zu meinem lebhaftesten Bedauern muß ich auf die von der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlichte Bulle und auf den Brief des Generals Lamarmora zurückkommen, um bei den hierüber entstandenen und noch nicht abgeschlossenen Controversen vor Allem die Thatsachen richtig zu stellen, da auf diesem Grunde allein ein richtiges Urtheil gefällt werden kann.

Dass die „Kölnische Zeitung“ standhaft die Authentizität der Bulle behauptet, kann nicht bestreiten; sie hat das Actenstück im guten Glauben für echt hingenommen und besitzt weder eine so genaue Kenntnis kuriatistischen Brauches und Stiles, noch konnte ihr der materielle Inhalt des Documentes solche Zweifel einflößen, daß ihr ein interessantes Dementi der römischen Curie den Glauben an die Echtheit ihrer Bulle erschüttern sollte. Weil eine derartige Bulle denkbar und möglich ist, muß aber die von der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlichte nicht nothwendigerweise echt sein. Dies ist nun eben die schwache Seite der Deductionen Hilgenfelds und Schultes. Diese beiden Deductionen und die nur zu sehr begründete Meinung der liberalen Presse, daß die römische Curie noch zu weit schlimmere Gewaltstreichen als die Befestigung des Papstwahl-Ceremoniels fähig ist, um ihre Absichten durchzusetzen, haben die öffentliche Meinung dahin gebracht, daß sie allenhalben für die Echtheit jenes Documentes Partei nimmt und Jeden, der nicht daran glaubt, für einen offenen oder geheimen Ultramontanen ansieht. Und darin hat sie entschieden Unrecht. Da Sie meine lange politische und literarische Wirksamkeit kennen, werden Sie mir gewiß nicht das Zeugniß verfassen, daß ich Natur und Wesen der katholischen Kirche und kuriatistischen Politik zu genau kenne, als daß ich in irgend welcher Beziehung auch der geringsten Sympathien für den Katholizismus verächtlich seinn könnte. Da ich aber die im Vatican herrschende aura aus sehr langer Erfahrung so gut kenne, wie die Lust in meiner Studiatur, so habe ich Ihnen augenblicklich nach der ersten Lecture der Bulle der „Kölnischen Zeitung“ meine Zweifel an deren Echtheit ausgesprochen, und diese Zweifel haben sich seither zu vollkommener moralischer Überzeugung entwickelt, daß die „Kölnische Zeitung“ und mit ihr die gesammte deutsche Presse das Opfer einer Mystification geworden ist.

Ein Berliner Telegramm der „Agenzia Stefani“ vom 29. v. M. bringt eine neue Bewirrung in diese Angelegenheit. Dies Telegramm meldet, die „Germania“ erkläre, daß die echte Bulle über die Wahl des Papstes im Jahre 1869 zum Schutze der Freiheit des Conclave gegen die italienische Regierung erlassen worden ist. Also doch eine Bulle über das Conclave, wird die liberale Presse ausstrufen, folglich ist das Actenstück der „Kölnischen Zeitung“ echt. Durchaus nicht, antworte ich. Die Dunkelmänner lieben nicht den geraden Weg, aber sie haben auch andererseits keinen Theil an der Unfehlbarkeit ihres Oberhauses und so geschieht es, daß sie so manches nicht wissen und daß sie es nicht Wahr haben wollen, es nicht zu wissen, sich den Anschein geben, als wüssten sie es. So ergeht es auch in diesem Falle der „Germania.“ Wahr ist, daß es eine Bulle über die Papstwahl vom Jahre 1869 giebt! aber nicht wahr ist es, daß diese Bulle zum Schutze der Freiheit des Conclave gegen die italienische Regierung er-

lassen wurde, denn im Jahre 1869 war Rom unter dem Schutze der französischen Fahne und Italien fiel es folglich gar nicht im Traume ein, die „von der französischen Fahne geschützte Freiheit“ des Conclave beeinträchtigen zu können oder zu wollen. Davon steht denn auch in der Bulle von 1869 schon deshalb kein Sterbenswörtchen, weil der unfehlbare Vicegott des Vaticans nicht allwissend ist und im Jahre 1869 die Ereignisse von 1870 nicht vorahnend konnte.

Und die Bulle? Nun die Bulle ist freilich da, hat aber mit der Bulle der „Köln. Z.“ gar nichts gemein. Und wie ich dies so apodiktisch behaupten kann? Ganz einfach deshalb, weil ich sie mit eigenen Augen gelesen habe. Aber nicht blos ich, sondern auch tausend andere Personen in Deutschland haben sie gelesen, nachdem die Augsburger „Alg. Z.“ sie, ich weiß nicht mehr ob im December 1869 oder im Januar 1870, abgedruckt hat.

Die Bulle nun — tragikomische Enttäuschung! — ist nämlich jene, durch welche der Papst für den Fall seines Todes während des vaticanischen Concils die augenblickliche Vertagung des Concils bei Androhung der großen Excommunication bestellt, nicht etwa „zum Schutze der Freiheit des Conclave gegen die italienische Regierung“, sondern zum Schutze des Wahlrechtes der Cardinale gegen etwaige Gelüste des „im heiligen Geiste rechtmäßig versammelten Concils“ sich für etwas Höheres zu halten, als das Cardinalscollegium und etwas „Constanzer oder Baseler Concil“ zu spielen. Diese Bulle kann die Curie freilich nicht abläugnen, denn sie wurde gleich bei Gründung des Concils den sämmtlichen versammelten Vätern offiziell mitgetheilt und ein etwa tausend Personen mitgetheiltes Geheimnis kann überall nicht ein Geheimnis bleiben. Aber die Czistenz einer Bulle im Sinne jenes Actenstückes der „Köln. Z.“ braucht sie so lange nicht zuzugeben, als nicht der wirkliche Text der echten Bulle durch eine Indiscrétion publicirt ist. Und dagegen wird die Curie ihre Maßregeln getroffen haben, und weder liberale Bischöfe, noch gewandte Diplomaten werden so leicht in die Lage kommen, sich eine genaue Abschrift einer derartig geheimgehaltenen Bulle zu verschaffen; denn eines muß man der Curie zu ihrem Ruhme nachsagen: daß, wenn sie es nicht geradezu wünscht, kein italischer Geheimniß aus den Mauern des Vaticans herausdringt und schon seit drei Jahrhunderten kein Fall solcher Indiscrétion vorgekommen ist.

Wenn Sie mich aber schließlich fragen, was denn im Grunde die Bulle der „Kölnischen Zeitung“ sein kann, so werde ich Ihnen meine Vermuthung sagen, aber alle Angabe der Gründe oder Indicien derselben ablehnen. Sie scheint ein französisches Fabrikat, eine verschlechterte, von einem den römischen Curialstil nicht mit sonderlichem Geschick nachahmenden französischen Geistlichen versuchte Neuredaktion der Bullen von 1798 und 1807, und vom Cardinal Bonnechose nach Rom gebracht worden zu sein. Ich dente, daß der Cardinal Bonnechose mit seinem Projekte bei Pius IX. nicht sonderliches Glück gehabt hat, denn Pius IX. will von einem außerhalb Rom abzuhalten Conclave schon deshalb nichts wissen, weil der im Auslande gewählte Papst nothwendig mit Italien kapituliren müßte, bevor er in den Vatican einzehen könnte. Dies aber mußte Pius IX. seinem Nachfolger nicht zu. Der Entwurf der Bulle mag hier geblieben sein, der Papst hat ihn gewiß nicht vollzogen. Wenn also eine derartige Bulle doch besteht, ist es nicht die der „Kölnischen Zeitung“ mitgetheilt sondern eine, deren Text höchstens drei Personen bekannt ist, von deren Seite keine Indiscrétion zu besorgen steht.

Lamarmora's Brief hat die konsorteske Presse so sehr bestreitigt, daß es mich nicht wundern würde zu hören, daß auch die Regierung damit zufrieden gestellt sei. Ist dies der Fall, so müßte ich nur zu sagen, daß sich über den Geschmack nicht rechten läßt. Die Oppositionspresse ist selbstverständlich nicht zufrieden gestellt und zergliedert das Schuldbekenntniß des unglücklichen Mannes ohne alles Erbarmen und ohne den Milderungsgrund seiner tollen Leidenschaft, für einen bedeutenden Mann gehalten zu werden, und seiner geistigen und politischen Beschränktheit gelten zu lassen. Vielleicht wird man bei Ihnen auf die Milderungsgründe mehr Rücksicht nehmen als hier, wo man fürchtet, daß wenn der Mann nicht tödgemacht wird, er doch noch heute oder morgen zur Regierung kommen könnte. Daran möchte ich nun freilich sehr zweifeln, denn schon die erste Probe ist so gründlich schlecht ausgefallen, daß er zu einer zweiten nimmermehr zugelassen werden kann.

□ [Internationale Landwirtschaftliche Ausstellung in Bremen.] Dem Comite wurden nachfolgende Ehrenpreise zur Verfügung gestellt: Von Sr. Majestät dem Kaiser ein silberner Pokal, von Ihrer Majestät der Kaiserin eine Porzellana-Vase mit Malerei, vom Prinzen Albrecht von Preußen eine Stützur, vom Großherzog von Oldenburg ein silberner Pokal, vom Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ein noch zu neuemender Ehrenpreis. Vom Ministerium für landwirtschaftliche Angelegenheiten in Preußen eine große goldene, 4 silberne und eine bronziene Medaille. — Der Verein deutscher Eisenbahn-Beratungen hat leider den Beschlüsse gefaßt, keine Erhöhung des Fahrpreises für die Begleiter von Ausstellungsthieren zu gewähren und beim Handelsminister zu beantragen, einen frachtfreien Hintersport der Ausstellungsgegenstände nicht zu bewilligen. Wir kennen die Motive nicht, welche den Verein zu diesem Beschlüsse bewogen haben, hoffen jedoch, daß an entscheidender Stelle eine für die Ausstellung günstigere Entscheidung werde getroffen werde.

[Görlitzer Maschinenbauanstalt und Eisengießerei - Action - Gesellschaft norm. C. Körner.] Die Absticht des Aufsichtsraths, die Emission der 6 p.C. Prioritäten noch zu verschieben, hat durch das Auerbieten der Comunal-ständischen Bank in Görlitz, schon jetzt den Betrieb der Obligationen zum Paricourse zu übernehmen, eine Änderung erlitten. Dieselben werden demzufolge bereits am 5. Februar zur Bezeichnung aufgelegt. Sie sind in Stücken von 300 Reichsmark ausgefertigt, laufen auf Namen, sind durch Blancoigo übertragbar und mit 6 p.C. welcher Zinsfuß nicht vor dem 1. Januar 1880 reducirt werden darf, in halbjährigen Raten verzinslich. Von 1880 an beginnt die Rückzahlung nach vorangegangener Auslösung. Zur Sicherheit der Obligationen wird eine Grundschuld von 200,000 Thlr. auf den Namen der Gesellschaft intabulirt.

Berlin, 4. Februar. [Productenbericht.] Roggen matt und eine Kleinigkeit billiger erlassen, Entferntere Posten sind überwiegend angeboten. Loco in der Handel schwierig, weil viel nicht trockne Ware zugeführt wird. Roggencmehl etwas billiger verkauft. — Weizen matt und in sehr bekränktem Verkehr. — Hafer kaum behauptet, Terme still. — Rübel fest und höher. Umfaß mäßig. — Für Spiritus mußten bei zurückhaltenden Öffnern bessere Preise bezahlt werden.

Weizen loco 73—91 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — Thlr. bez., feiner weißunter poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 86%—87 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 86% Thlr. bez., pr. Juni-Juli 86%—87% Thlr. bez., pr. Juli-August 85%—85% Thlr. bez., neuer Umsatz per April-Mai 86 Thlr. bez. Bekündigt 1000 Cmtr. Kündigungspreis 85 Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 59—70% Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 59%—60% Thlr. bez., besserer russischer 61—61% Thlr. bez., feiner 61%—62% Thlr. bez., polnischer — Thlr. bez., inländischer 66—68% Thlr. bez. ab Bahn bez., exquisiter — Thlr. bez., per Januar-Februar 62% Thlr. bez., pr. Februar-März 62% Thlr. bez., pr. Frühjahr 62%—62% Thlr. bez., pr. Mai-Juni 62%—61%—62% Thlr. bez., pr. Juni-Juli 61% Thlr. bez., pr. Juli-August 59%—59%—49% Thlr. bez., pr. August-September 58%—5%—5% Thlr. bez. Bekündigt 2000 Cmtr. Kündigungspreis 62% Thlr. — Gerste loco 52—73 Thlr. nach Qualität gefordert.

Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 50—60 Thlr. nach Qualität gefordert, schlesischer — Thlr. bez., böhmischer 56—58% Thlr., ostpreußischer 53—57% Thlr., westpreußischer 53—57% Thlr., galizischer 52—54 Thlr. bez., pommerischer 56—58% Thlr., untermärker — Thlr. ab Bahn bez., per Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. Frühjahr 57% Thlr. bez., pr. Mai-Juni 57% Thlr. bez., pr. Juni-Juli 57% Thlr. bez., pr. Juli-August — Thlr. bez., pr. August-September — Thlr. bez. Bekündigt — Cmtr. Kündigungspreis — Thlr. — Erbsen: Kämmware 59—66 Thlr., Futterware 53—58 Thlr. bez., Weizengemehl Nr. 0 pro 100 Kilo Br. übersteuert incl. Sac 11%—11% Thlr., Nr. 0 und 1 10%—10% Thlr. — Roggengemehl Nr. 0 9%—9% Thlr., Nr. 0 und 1 9—8% Thlr. — Roggengemehl Nr. 0 und 1: pr. Januar-Februar 9 Thlr. 3 Sgr. bez., Februar-März 9 Thlr. 3 Sgr. bez., pr. März-April 9 Thlr. 5% Sgr. bez., pr. April-Mai 7%—6% Sgr. bez., Mai-Juni 9 Thlr. 7%—6% Sgr. bez., pr. Juni-Juli 9 Thlr. 7%—7% Sgr. bez., pr. Juli-August 9 Thlr. 7%—6% Sgr. bez., Septemb.-October 9 Thlr. 4%—2% Sgr. bez., Bekündigt 1000 Cmtr. Kündigungspreis 9 Thlr. 3% Sgr. bez. — Delaaten: Raps — Thlr., Rüben — Thlr. — Rübel per 100 kilo netto loco Sac 18% Thlr. bez., mit Sac — Thlr. bez., per Januar-Februar 19%—19% Thlr. bez., pr. Februar-März 19%—19% Thlr. bez., pr. März-April — Thlr. bez., pr. Frühjahr — Thlr. bez., pr. Mai-Juni 20%—20% Thlr. bez., pr. August-September — Thlr. bez., September-October 21%—21% Thlr. bez. Bekündigt 100 Cmtr. Kündigungspreis 19% Thlr. — Leindl loco 23% Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Sac 10% Thlr. bez., pr. Januar-Februar 9% Thlr. bez., pr. Februar-März 9% Thlr. bez., pr. März-April 9% Thlr. bez., pr. April-Mai 9% Thlr. bez., pr. Mai-Juni — Thlr. bez., pr. September-October 10% Thlr. bez. Bekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr.

Spiritus pr. 10,000 p.C. loco „ohne Sac“ 21 Thlr. 7 Sgr. bez., „mit Sac“ — Thlr. — Sgr. bez., pr. Januar-Februar 21 Thlr. 16—18 Sgr. bez.,

zusteuer und Herrn Oberbürgermeister Martins in das bestehende Comite zu depuriren. — Heute fand die Abiturientenprüfung des evangelischen Gymnasiums unter dem Vorst. des Herrn Provinzial-Schulrat Sommerbrodt statt. Fünf Schüler der Anstalt hatten sich derselben unterzogen, einem wurde die mündliche Prüfung erlassen, die andern erhielten das Bezeugnis der Reife.

Februar 4. 5.	Nachm. 2 u.	Abends 10 u.	Morg. 6 u.
Luftdruck bei 0°	235"56	336"40	335"97
Luftwärme	+ 1°7	0°0	0°1
Dunstdruck	1°76	1°75	1°78
Dunstättigung	76 p.C.	88 p.C.	90 p.C.
Wind	W. 2	WB. 2	W. 1
Wetter	heiter.	heiter.	trübe.

Breslau, 5. Febr. [Wasserstand.] O. P. 4 M. 30 Em. U. P. — M. — Em. Cis stand.

Berlin, 4. Februar. Die Geschäfte an der heutigen Börse wideten sich in sehr ruhiger Weise ab und zeigten gegen die vorhergegangenen Tage keine oder doch nur eine sehr schwache Binnahme und bezieht sich letzteres hauptsächlich auf die per Cassa gehandelten Werthe. In erster Linie wurden die zur Capitalsanlage dienenden sicheren Staatsanleihen und Prioritäten gut fundirter Eisenbahnen bevorzugt; das Anlage suchende Capital fand aber auch in dem kurzlichen Rückgang der Bergwerksactien genügendes Motiv, um sich diesen Effekten zu zuwandern. Dies gab wiederum der Spekulation Veranlassung, die Course der ihrem Kreise angehörigen Bergwerkspapiere höher zu setzen, was indeß einem lebhaften Verkehr eher Abbruch tat. Die internationalen Spekulationspapiere eröffneten in matter Haltung und mit herabgelegten Courten, gewannen aber später eine jetttere Tendenz und zogen auch in den Notierungen etwas an. Der Umsatz blieb aber nur äußerst gering und zeichneten sich in dieser Hinsicht besonders Lombarden aus. Österreich-Nebenbahnen zeigten sich in fester Stellung und gingen zum Theil auch beliebter um. Galizier blieben auf letzter Notiz und Oesterl. Nordwestbahn zog etwas an, Rudolfsbahn wurde sehr lebhaft umgesetzt und ebenso gingen Durz-Bodenbach zu steigenden Courten rie um. Auswärtige Fonds blieben sehr still und trugen nur Österreichische Münzen, Amerikaner und Russische Werthe eine feste Physiognomie, von letzteren zeichneten sich Bahnen durch guten Verkehr aus, auch 18

pr. Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., März-April — Thlr. — Sgr. bez., pr. April-Mai 21 Thlr. 25 23 Sgr. bez., pr. Mai-Juni 21 Thlr. 27 Sgr. bis 22 Thlr. 1 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 22 Thlr. 9—12 Sgr. bez., pr. Juli-August 22 Thlr. 17—22 Sgr. bez., per August-September 22 Thlr. 21—25 Sgr. bez., pr. September-October — Thlr. — Sgr. bez. Getündigt 10,000 Liter. Ründungspreis 21 Thlr. 17 Sgr.

Paris, 1. Februar. [Börsewoche.] Obgleich wir uns in der Jahresperiode befinden, wonin das Börsengeschäft seinen starken Aufschwung zu nehmen pflegt, so ist auch in der vorigen Woche der Markt nicht aus seiner Stagnation hervorgetreten. Selbst die gesteigerte Tätigkeit, welche stets der Monatssliquidation vorhergeht, hat sich diesmal vermissen lassen. In der offiziellen Welt giebt man diesen Marasmus der Börse den großen Banquier's und Creditinstituten Schuld, die sich in der That noch immer in aufwändernder Weise zurückhalten. Aber diese Finanzmächte wissen wohl, was sie thun, und ihre Vorucht lässt sich leicht rechtfertigen. Sietheilen das Misstrauen des großen Publikums gegenüber der politischen und kommerziellen Lage. In einem Augenblick war von den Monarchisten der Kammer eine neue Restaurationscompagnie eröffnet und wo die Gewalt des Marshalls Mac Mahon von denen selbst, welche sie eingesetzt, wieder in Frage gestellt wird, kann man von Niemandem großes Vertrauen in die Zukunft verlangen. Was die commercielle Lage angeht, so ist kein Geheimniß, daß im December und Januar der Handelsverkehr sich bedeutend eingefränt hat. Neben dies beweisen die Bankbilanzen, daß der Discontbegier noch in rascher Abnahme begriffen ist. Das Handelsportefeuille ist in letzter Woche abermals um 27 M. gefunnen; aber trotz ihrer günstigen Lage hat sich die Bank bis jetzt nicht veranlaßt geschen, dem Handel durch eine Heraufsetzung der Discounts zu Hilfe zu kommen. All diesen ungünstigen Elementen hat die Tätigkeit des Anlagecapitals nicht das Gegengewicht zu erhalten vermögt; und doch war sie nicht gering, denn im Laufe des Januar abförbte der Comptoir die gewaltige Summe von 196 Millionen Rente. — Wie lassen die Späte, ungefähr wie in voriger Woche, bei 58, 22, die 5 p. Etige, bei 93, 40. Staatsliche Rente etwas fest in Folge von Kaufabress aus Italien, ist von 59, 45 auf 59, 85 gestiegen. Sie sah vorübergehend den Cours von 60, für Türken wenig Geschäft; die Späte, mich von 41, 60 auf 41 40. Man hat keine Besorgnisse mehr in Betreff der Mertonschen Liquidierung. Spanische Fonds unverändert; die Haussfe ist durch den Erfolg der Carlshanden gebemacht worden; die äußere ist bei 17 1/2. 6 p. Et. Peruaner geringer, von 63 auf 61 zurück. Die französischen Bahnhäfen haben zumeist einige Francs eingeholt; die Betriebsausweise sind schlecht. Nordbahn ist bei 102, Ostbahn bei 492. Österreichische und Lombarden waren angeboten und wichen auf 737 resp. 355. Saragossa hält sich bei 240. Die französischen Creditwerthe anhaltend vernachlässigt. Banque de France fiel, trotz der günstigen Lage der Antalt, von 4105 auf 4060. Banque de Paris, sefer, bei 1037. Credit Mobilier bei 318. Credit foncier 797. Für österreichischen Bodencredit herrscht einige Nachfrage, welche den Cours 562 wieder herbeiführten.

Breslau, 5. Febr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Marte war die Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7 1/2 bis 8 1/2 Thlr., gelber 7 1/2 bis 8 1/2 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur seine Qualitäten verkauflich, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 bis 7 Thlr., feinste Sorte 7 1/2 Thlr. bezahlt.

Gerte leicht verkauflich, pr. 100 Kilogr. 6%—6 1/2 Thlr., weiße 7 bis 7 1/2 Thlr. bezahlt.

Hafer ruhiger, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 bis 5 3/4 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erben offerirt, pr. 100 Kilogr. 5% bis 6 1/2 Thlr.

Widen sehr fest, pr. 100 Kilogr. 5 bis 5 1/2 Thlr.

Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 5 bis 5 1/2 Thlr., blaue 4 1/2 bis 5% Thlr.

Bohnen offerirt, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6 1/2 Thlr.

Mais mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 5% bis 6 1/2 Thlr.

Delfaaten wenig verändert.

Schlaglein gut behauptet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat 7 12 6 8 10 — 9 — —

Winter-Raps 7 10 — 7 15 — 8 — —

Winter-Nüßen 7 5 — 7 12 6 7 25 —

Sommer-Nüßen 7 2 6 7 15 — 8 — —

Leindotter 6 25 — 7 2 6 7 15 —

Kapskuchen matt, schlechte 70—73 Sgr. per 100 Kilogr.

Leintuchen sehr fest, jährl. 100—103 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleefsaat in ruhiger Haltung, rosé unverändert, ordinäre 11—12 Thlr., mittl. 13—14 Thlr., feine 14—15 Thlr., hochfeine 15—15 Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße mittern. 11—12 Thlr., mittl. 14—15 Thlr., feine 16—18 Thlr., hochfeine 20—21 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymothee gut gefragt, 8%—11% Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3 1/2—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Bern, 4. Febr. Die renitenten Geistlichen des Berner Jura haben bei dem Bundesrathen gegen ihre von dem hiesigen Regierungsrath verfügte Internirung in den alten Cantonsheilen Protest erhoben.

Rom, 3. Febr. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer richtete der Deputierte Nicotera betreffs der vom General Lamarmora veröffentlichten Schriftstücke eine Interpellation an die Regierung. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Visconti-Benosta, erklärte, er müsse jede Verantwortung der Regierung für diese Veröffentlichung, die zu verhindern die Regierung völlig außer Stande war, ablehnen. Die Veröffentlichung sei um so ernster zu mißbilligen und um so tiefer zu beklagen, als dieselbe dazu gedient habe, gegen eine der italienischen innig befremdete Regierung den Vorwand zu Anschuldigungen zu liefern, die, weil sie vor den klar vor Augen liegenden Thatsachen in ihr Nichts zusammenfielen, doch nur allein auf mißverständlichen Auffassungen beruhen könnten. Die Regierung sei berechtigt, sich in dieser Form und Weise zu äußern, da die legitere allein der Wahrheit und den freundshaftlichen Beziehungen der beiden Regierungen, sowie der Solidarität der gemeinsamen Interessen beider Regierungen gegenüber einer Partei entspreche, die allüberall in Europa agitire und deren Agitation vor Allem nur zum Grund und zum Zweck habe, zu Feindseligkeiten gegen Italien zu schüren. Der Minister fügte zu seiner Erklärung weiter hinzu, die vom General Lamarmora veröffentlichten Documente könnten nach seiner Ansicht, auch wenn sie nur einen durchaus vertraulichen Charakter trügen, doch nur als öffentliche Documente angesehen werden. In der italienischen Gesetzgebung fehle es betreffs Publication solcher öffentlichen Documente an ausreichenden Bestimmungen, die Regierung werde sich deshalb mit der Prüfung dieser Frage weiter beschäftigen und zu geeigneter Zeit diesbezüglich reglementarische Maßregeln im Wege der Gesetzgebung vorschlagen. (Lebhafte Beifall.) Nach einigen weiteren Bemerkungen Chiave's, der seiner Zeit mit zu dem von dem General Lamarmora gebildeten Gabinete gehörte, erklärte der Minister, daß er jede retrospective Discussion über die Angelegenheit gegenüber den großen von Deutschland und Italien erreichten Erfolgen für überflüssig halte. Der Zwischenfall war damit erledigt. (Weitere Ausführung der führenen Depesche.)

Versailles, 4. Febr. In der Nationalversammlung wird die Berathung des Steuergesetzes fortgesetzt. Der Gegenentwurf auf die Besteuerung von Gewebe wird von dem Handelsminister befämpft und mit 462 gegen 145 Stimmen abgelehnt.

London, 4. Febr. Gladstone ist gestern in Greenwich mit 5968 Stimmen als Parlamentsmitglied wiedergewählt worden. Als zweiter Deputierter für Greenwich wurde der seithiger Verirter Boord (conservativ) ebenfalls wiedergewählt. Der Letztere erhält 6193 Stimmen (conservativ) ebenfalls wiedergewählt. Der Börsenmarkt erhält 6193 Stimmen (conservativ).

Kopenhagen, 4. Febr. Die gesetzlichen Maßregeln zur Verhinderung der Einschleppung der Cholera sind den von Königsgberg und Neufahrwasser kommenden Schiffen gegenüber außer Kraft gesetzt worden.

Berliner Börse vom 4. Februar 1874.

Wechsel-Courses.

Amsterdam	250FL	10 T.	142½ B.
do.	2	14	141½ B.
Augsburg	100 FL	2 T.	56 20 bz
Frankf. M.100FL	2 T.	3	56 20 bz
Liepzig	100 Thlr.	8 T.	42½ 99½ G.
London	1 £	3 1/2	100 G.
Paris	300 Frcs.	10 T.	60 21½ bz
Petersburg	W. 100RSR.	3 M.	96 1/2 bz
Wien	150 FL	8 T.	58 1/2 bz
do.	do.	2 M.	88 1/2 bz

Fonds- und Geld-Course.

Freiwill.	Staats-Anleihe	4½%	—
Staats-Anl.	4½% oige	4½	103 bz
do.	consolid.	4½	103 ¾ bz
do.	4½% oige	99	99 bz
Staats-Schuldnot.	3½%	92½ bz	—
Präm.-Anleihe v. 1865	3½%	102½ bz	—
Berliner Stadt-Oblig.	4½%	102½ bz	—
(Berliner)	4½%	101½ bz	—
Pommersche	3½%	84 bz	—
Posenische	4	84 2½ bz	—
Schlesische	3½%	83 G.	—
Kur. u. Neumärk.	4	97½ bz	—
Pommersche	4	97½ bz	—
Posenische	4	96 bz	—
Preussische	4	96 3/4 B.	—
Westf. u. Rhein.	4	95 3/4 G.	—
Sächsische	4	95 bz	—
Schlesische	4	96 1/2 B.	—
Baierische 4½% Anl.	4	115 B.	—
Baierische 4½% Anl.	4	116 bz	—
Cöln-Mind. Framisch.	3½%	96 1/2 bz	—

Louis'dor	110B.	Dollars	—
Sovereigns	622G.	Frm'd. Ekn 99½ bz	—
Napoleons	510½ bz	Oest. Bkn. 88½ bz	—
Imperials	—	Russ. Ekn. 92 bz	—

Hypotheken-Certificate.

Kündbr.	Cont.-Brd.-Cr.	5	101 G.
Unkünd.	do.	1872	5
do.	rücksz.	110	105½ bz
do.	do.	105	98½ bz
Unk.H.D. Pr.Bd.-Crd.	5	99½ bz	—
do.	III.	Em.	98 bz
Kündb.Hyp.-Schuld.	5	96 1/2 bz	—
Hyp.Ant.Nord.-G.C.	5	101½ bz	—
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	102 bz	—
Goth. Präm.-Pt. I.	5	103 ½ bz	—
do.	II.	Em.	103 ½ bz
Meininger Präm.-Pfd.	4	92½ bz	—
Oest. Silberpfandbr.	5	71½ B.	—
Unk.Pfd.Pd.P. Hyp.	5	84½ bz	—
Pfäß.d.Oest.Bd.-Cr.Gs.	5	101½ bz	—
Südb. Bod. Cred.-Pfd.	5	71½ bz	—
Wienner Silberpfandbr.	5½	71½ bz	—

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4½%	66 bz	—
do.	Papierrente	4½%	61½ bz
do.	Lott.-Anl. v. 68	68	91½ bz
do.	54er Präm.-Anl.	4	95½ bz
do.	Credit-Loose	—	108½ bz
do.	64er Loose	—	89½ bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	140½ bz	—
do.	do.	1836	141 bz
do.	Bod.-Cred.-Pfd.	5	86 bz
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	82½ bz	—
Poin. Pfandbr. III.	4	80 G.	—
Poin. Liquid.-Plandbr.	4	67½ G.	—
Amerik. 60% Anl. p. 1882	6	97½ bz	—
do.	do.	p. 1885	121½ bz
do.	5½ Anleile	5	98½ G.
Französische Rente	5	92½ G.	—
Ital. neue 5½ Anleile	5	59½ G.	—
Ital. Tabak-Oblig.	6	94½ bz	—